

Definition von Wohlstand

Klimaschutz: „Lösungen gesucht“, FR-Meinung vom 30. September

Auch Herr Geyer vermeidet es, bei den Lösungen zum Klimaschutz über den Verzicht zu sprechen. Es gibt nicht nur Wählerinnen und Wähler, die eine Partei nicht wählen, die sie mit Realitäten konfrontiert, sondern auch diejenigen, die eine Partei nicht (mehr) wählen, welche es an Aufklärung vermissen lässt. Deshalb wird es darum gehen, wer in welcher Weise für den Klimaschutz bezahlen wird. Ohne Verbote wird es nicht gehen.

Aber was nicht sein kann, ist, dass Bürgerinnen und Bürger Verbote akzeptieren, während die größten Verursacher der Klimakatastrophe, die Großkonzerne, mit Anreizen gelockt werden und sich über Emissionshandel und Steuern herauskaufen können. Helfen bei der Bewältigung dieser Mammutaufgabe kann eine neue Definition von Wohlstand. Wohlstand ist, zukünftig kein Plastik mehr essen zu müssen, saubere Luft in Großstädten zu atmen, weniger Lärm ausgesetzt zu sein, mehr Demokratie zu wagen, bei friedlichen Demonstrationen nicht mehr von der Polizei eingekesselt oder verprügelt zu werden, wenn die EU keine Flüchtlinge mehr im Mittelmeer ertrinken lässt, wenn die eigene Nation damit beginnt, auf Waffenimporte in Kriegsgebiete zu verzichten. Das ließe ich mir als Bürger etwas kosten, wenn es sein muss, auch den geliebten Individualverkehr.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/extinction

Der blasse Neid

Erwiderung auf „Weltmarktführer der Urlauberverladung“, Leserforum v. 5.10.

Auch wenn man denkt, dass Herr Klabunde in keinerlei Schule gegangen ist, um den notwendigen Anstand zu lernen, so ist es wahrscheinlich nicht so. Denn seinen Worten nach hat er die von ihm bezeichneten Leute als „Klima-Dreckschweine mit abgeschmacktem All-inclusive-Ferienvergnügen“ und Drohungen an das „Mallorca-Touri-Gesindel“, das jetzt „im Fadenkreuz aller Klimakombattanten“ ist, ausgesprochen und gar nicht kennengelernt. Viele junge Familien mit Kindern sind froh, dass sie einmal im Jahr für wenig Geld kurz während der Ferien in die Sonne fliegen können. Sie haben zumeist das ganze Jahr dafür gespart. Jetzt benutze ich Ihre und eines anderen ungebildeten Kindes Worte „Wie konnten Sie es wagen ...?“ Ich denke, es ist der blasse Neid, so etwas machen zu können. Wenn Sie weiterhin mit Ihrem Fahrrad Urlaub in der Provinz machen, so muss das nicht jeder machen und muss sich auch nicht beschimpfen und bedrohen lassen.

Bernd Hänsgen, Hünstetten



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert die Diskussion „Altersarmut – ein Problem mit vielen Ursachen“ des Bündnisses Soziale Gerechtigkeit Hessen mit dem hessischen DGB-Vorsitzenden Michael Rudolph, Janine Wissler (Linke), Ralf-Norbert Bartel (CDU), Marcus Bocklet (Grüne) und dem Armutsexperten Ernst Ulrich Huster.
Donnerstag, 17. Oktober, 20 Uhr
Haus an der Marktkirche, Schlossplatz 4, Wiesbaden

Lutz „Bronski“ Büge liest im Rahmen des Offenbacher Stadtlesens aus seinem neuen Roman „Incubus – Virenkrieg III“.
Freitag, 18. Oktober, 18 Uhr
Bühne auf dem Aliceplatz, Offenbach

Thomas Kaspar spricht im Rahmen von „Open Books“ mit den Autorinnen Sarah Spiekermann und June Perry über deren Bücher „Digitale Ethik“ und „Lifehack“.
Samstag, 19. Oktober, 20 Uhr
Historisches Museum, Saalhof 1, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht.
Anschließend Diskussion.
Donnerstag, 24. Oktober, 18.30 Uhr
Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Tobias Schwab moderiert die Diskussion „Sneakers, Pumps & Pantoletten – Billiglöhne für schicke Treter?“. Mit Bernd Hintzmann (Kampagne für Saubere Kleidung/Inkota).
Mittwoch, 6. November, 19 Uhr
Kulturforum am Freiheitsplatz, Hanau

Das Morden treibt auf einen Höhepunkt zu

Zu: „Türkei startet Militäroffensive“ und „Berlin deckt den Kampf gegen die Kurden“, FR-Politik und -Meinung v. 10. u. 8.10.

Erdogan wurden keine Grenzen gesetzt

Das Nato-Land Türkei befindet sich nicht nur demokratiepolitisch im „Ausnahmestandard“. Erdogan verfolgt gnadenlos die Opposition. Mental sind die Menschen in der Türkei auf „Krieg“ eingestimmt, der via „Twitter“ vom Autokraten Erdogan zynisch als „Operation Friedensquelle“ angekündigt wurde. Dass Erdogan massiv gegen das Völkerrecht verstößt, stört ihn nicht. Es geht gegen die als „Terroristen“ gebrandmarkten Kurden; da scheinen alle Mittel recht zu sein. Die Türkei unter Erdogan stößt militärisch weit nach Syrien hinein. Die vernünftigen Kurden sollen vertrieben und ihre demokratisch organisierte beispielgebende Selbstverwaltung zerstört werden, um eine „Schutzzone“ zu bilden. Die Opferreich von der kurdischen YPG festgesetzten IS-Kämpfer könnten im Chaos des Krieges freikommen und den Kern einer neuen Terroristen-Armee stellen. Über die neuen Flüchtlingsbewegungen finden sie den Weg auch nach Mitteleuropa.

Es ist offensichtlich, dass die Türkei gegen alle hehren Nato-Grundsätze verstößt. So verpflichtet der „Nordatlantiktvertrag“ alle Mitgliedsstaaten Streitfälle „durch friedliche Mittel zu regeln (...) sich jeglicher Drohung und Gewaltanwendung zu enthalten“. Auch die Türkei-Verstöße gegen diese Grundsätze bleiben ohne Konsequenz. Die kriegsverbrecherische Politik der Türkei führt zum „Nato-Bündnisfall“ und Deutschland muss dann Beistand leisten? Spätestens dann ist dieser Krieg politisch nicht mehr zu beherrschen! Das Morden im Vorderen Orient treibt auf einen weiteren Höhepunkt zu, weil Erdogan und seiner AKP auch von seinen Bündnispartnern keine Grenzen gesetzt wurden.

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

Völkerrechtswidrige und nationalistische Politik

Wenn ein Nato-Partner völkerrechtswidrig in ein anderes, souveränes Land einmarschiert, dann müssen sowohl die Nato



Im Lager Sarmada leben syrische Binnenvertriebene.

DPA

selbst, aber auch die einzelnen Mitgliedsstaaten sofort mit geeigneten, friedlichen Mitteln reagieren, z.B. keine weiteren Waffenlieferungen, Handelsboykott, Urlaubswarnung etc.

Da der Einmarsch von dem Egomanen Erdogan und seinen Vasallen schon vor Wochen angekündigt worden war, hätte die Bundesregierung auch wegen der Waffen-Export-Verträge schon längst die türkische Regierung energischer vor solchen Konsequenzen warnen und auch handeln müssen. Dann hätte nämlich der demokratisch und friedlich gesinnte Teil der türkischen Staatsbürger*innen und der verbliebenen Medien die dringend notwendige Unterstützung für ihren andauernden Einsatz gegen die menschen- und völkerrechtswidrige Politik der herrschenden, nationalistischen Partei erhalten.

Der rechtzeitige Abzug der US-Truppen aus der sogenannten Sicherheitszone ist ein deutlicher Beweis für die Bündnistreue Trumps und der in seiner Regierung verbliebenen Nationalisten, welche jede Gelegenheit nutzen, um Konflikte in aller Welt anzuzetteln.

Wenn die nun bereits seit zwei Jahren wiederholt abgegebenen Zusicherungen der Bundesregierung und der sie noch tragenden Parteien bezüglich der „Beseitigung der Fluchtursachen“ nicht nur leere Worte

bleiben sollen, dann ist sofortiges und konsequentes Handeln angesagt.

Werner Ortman, Korschbroich

Der Verrat an den Kurden begann viel früher

Die Türkei rückt in Nordsyrien ein. Die USA wollen sich nicht in den Weg stellen und ziehen ihre Streitkräfte ab. Nun ist vom Verrat der USA an den mit ihnen bisher verbündeten Kurden die Rede. Der Verrat an den Kurden hat schon viel früher begonnen, nämlich mit Übernahme der Definition „Terrororganisation“ für die PKK und der Verfolgung derselben mit Polizeiknüppeln, Geheimdiensten und Bomben – Erdogan zu Gefallen. Die Kurden sind ein eigenes Volk wie die Türken und die Deutschen, aber der eigene Staat wird ihnen verweigert. Gründung und Aktivitäten der PKK sind der Ausdruck der Verzweiflung eines unterdrückten Volkes.

Lösungsvorschlag: Der Generalsekretär der Vereinten Nationen lädt zu einer Staatsgründungskonferenz ein, nachdem alle Konferenzteilnehmer vorher von der Notwendigkeit der Gründung eines Kurdenstaates überzeugt wurden. Keine andere politische Maßnahme wird im Nahen Osten Frieden stiften.

Otfried Schrot, Ronnenberg

Diskussion: frblog.de/nordsyrien

Amtsenthörung als äußerstes Mittel

Trump und das Impeachment: „Der Pate am Pranger“, FR-Meinung vom 28. September

Es ist wohl unstrittig, dass es sich bei Donald Trump um einen rechtspopulistischen Präsidenten handelt, der die positiven Werte der Vereinigten Staaten von Amerika bis aufs Blut hasst und der Menschenrechte missachtet und die repräsentative Demokratie in den USA zutiefst ablehnt. Trump ist offensichtlich jedes Mittel recht, um die politische Auseinandersetzung von Fairness und Offenheit freizuhalten. Stattdessen würde er am liebsten aus den USA ein rechtsautoritäres Regime machen, das die gewählten Institutionen der Republik entmachtet. Insofern ist es vielleicht verständlich, sich

Sorgen um die immer weiter und größer werdenden Gräben in der amerikanischen Gesellschaft zu machen, egal, wie das Impeachment ausgeht. Doch die Realität sagt auch, dass dieser Präsident den Weltfrieden gefährdet und Grundwerte mit Füßen tritt. Und hier ist die demokratische Opposition auch in der Verpflichtung, auf das äußerste Mittel, nämlich die Amtsenthebung, durch den Kongress zurückzugreifen. Die USA brauchen eine oder einen Präsidenten, dem die demokratischen Prinzipien heilig sind und der es unterlässt, wie Donald Trump im Telefonat mit seinem ukrai-

nischen Kollegen Wolodimir Selenski ein Komplott gegen den Ex-Vizepräsidenten Joe Biden zu planen, der als Präsidentschaftsbewerber im Rennen ist. Deshalb haben die Demokraten in den USA nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, sich für ein Impeachment auszusprechen. Sie dürfen nichts unterlassen, um dazu beizutragen, dass bekannt wird, was dieser Präsident alles auf seinem Gewissen hat. Jeder Tag, an dem Donald Trump noch Präsident ist, schadet den freiheitlichen Grundwerten und behindert eine Politik der Menschlichkeit.

Manfred Kirsch, Neuwied